Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 7 (1966)

Heft: 6

Artikel: Thailand ist an der Reihe

Autor: [s.n.]

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1077167

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

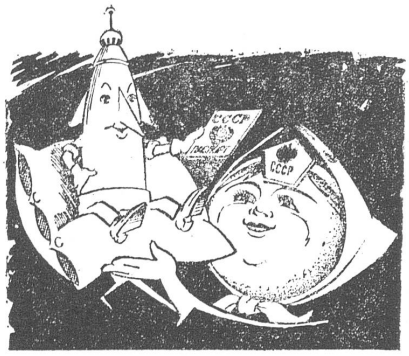
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

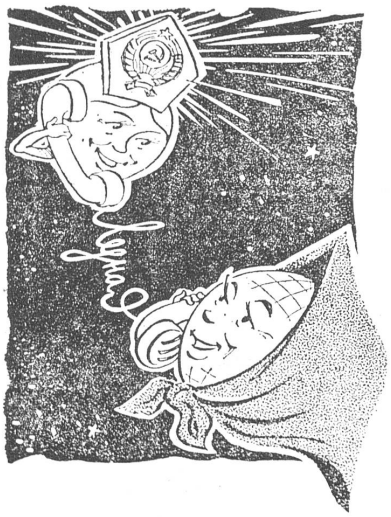
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch



Luna-9: «Bitte, hier ist mein Pass. Ich möchte mich anmelden.» («Selskaja Schisn», Moskau.)



Die Erde: «Hallo, Frau Luna! Wir bringen jetzt unsere erste Sendung «Russisch für Sie». («Iswestija», Moskau.)

● **Navigationssatelliten** dienen im Frieden der Sicherheit der Schiffahrt, aber im Krieg werden sie für Abschuss und Zielsicherheit der Mittelstreckenraketen der U-Boote verwendet.

● **Geodesische Satelliten** verbinden die Triangulationsnetze der Kontinente. Durch ihre Verwendung werden nicht nur die geographischen Messungen genauer, sondern auch die Möglichkeit zur besseren Bestimmung der Korrelationsfaktoren vermehrt. So können die interkontinentalen Raketen sicherer ins Ziel befördert werden.

Schliesslich kann die geophysikalische Weltraumforschung mittels Satelliten indirekt auch für militärische Zwecke verwendet werden (z. B. die Erforschung des inneren Strahlungsgürtels der Erde oder der äusseren Strahlungszone sowie des Magnetismus).

Schon aus dieser kurzen Uebersicht geht hervor, dass man bei der mannigfaltigen wissenschaftlichen und praktischen Tätigkeit der Weltraumforschung eine allgemeine Regel für die strikte Trennung von friedlichen und militärischen Bereichen kaum aufstellen kann. Verschiedene führende Persönlichkeiten des US-Weltraumprogramms haben wiederholt darauf gedrängt, dass unter den Konzeptionen der friedlichen und nichtfriedlichen sowie militärischen und zivilen Forschung keine Unterscheidung mehr gemacht werden sollte.

«Der Gedanke, dass die zwei Programme in irgendeinem Aspekt zu unterscheiden sind, ist ein ernsthafter Irrtum», sagte Kantorowitz, «und er trug in hohem Masse zur Hemmung unseres Weltraumforschungsprogramms bei.»

Bereits bei den Sputnik-Erfolgsserien der sowjetischen Weltraumforschung hat der leitende Theoretiker der amerikanischen Weltraumforschung, Trevor Gardner, die entscheidende Wichtigkeit dieser Erfolge folgendermassen charakterisiert: «Die direkte Auswirkung der Sputnik-Versuche auf den Kalten Krieg hat unsere nationale Sicherheit nachteilig beeinflusst. Den Prestigeverlust der USA kann man nicht genau ermessen, seine Wichtigkeit kaum überschätzen. Das wird solange bleiben, bis wir im Weltraum-Wettlauf führen werden. Die sowjetischen Erfolge im Weltraum berühren unsere zukünftige nationale Sicherheit nicht nur indirekt. Die sowjetische Weltraummacht ist gegenwärtig eine direkte militärische Bedrohung.» ■

Thailand ist an der Reihe

Seitdem vor einem Jahr in Peking die Patriotische Front Thailands gegründet wurde, ist das ehemalige Siam als Ziel eines bevorstehenden Guerillakrieges anvisiert, dessen Ausweitung vermutlich nur eine Frage der Zeit ist. Vom Beginn einer eigentlichen Kampftätigkeit kann insofern schon gesprochen werden, als seit drei Monaten nun auch reguläre militärische Einheiten gegen aufständische Verbände eingesetzt werden, da die Polizeikräfte offensichtlich nicht mehr genügen.

Die hauptsächlichste Zunahme der Rebellentätigkeit ist in den Nordostprovinzen, nahe der Grenze zu Laos, zu verzeichnen. Das ist auch plausibel, wird doch das benachbarte Laos praktisch vom Pathet Lao beherrscht, der dem Vietcong in Vietnam entspricht. Die unkontrollierbare Grenze ermöglicht hier ein beliebiges Eingreifen. Die Bevölkerung kann durch das sporadische Auftauchen der betreffenden Verbände mit Sicherheit wenigstens von der Zusammenarbeit mit den Regierungstruppen abgehalten werden, da die einheimischen oder laotischen Aufständischen dies als Verrat an der nationalen Befreiungsbewegung betrachten und bei nächster Gelegenheit mit dem Tode bestrafen.

Fortsetzung von 1948

Aber im Süden des Landes, an der Grenze zu Malaya (das jetzt der Föderation Malaysia angehört), besteht ein weiteres Guerillazentrum, das durch seine Kontinuität bemerkenswert ist. Denn es besteht seit 1948, und zwar als Weiterführung des damals niedergeschlagenen kommunistischen Aufstandes in Malaya. Ein Führer dieser Bewegung, Chin Peng, zog sich zu der Zeit mit einigen hundert Getreuen bis nach Thailand zurück, wo er ein neues Wirkungsfeld fand.

Die Zahl der waffentragenden Rebellen in dieser Region wird auf etwa 600 geschätzt, was zunächst überraschend wenig erscheint. Doch finden sie Unterstützung in den Dörfern, wohin sie sich nach ihren Aktionen zurückziehen. Die Einwohner werden für ihre Mitarbeit in durchaus echten Werten belohnt und im Weigerungsfall erschossen. Doch werden zur Gewinnung der Bevölkerung keineswegs nur Terrormethoden angewandt. So bezahlen beispielsweise die Guerillas die Lebensmittel, die sie requirieren, eine Praxis, welche von den regulären Thai-Kräften leider nicht durchwegs angewandt wird. Auch helfen die Aufständischen den Dorfbewohnern bei ihrer Arbeit, besorgen ihnen Medikamente aus ihren eigenen Beständen und stellen ihnen sogar Hebammen zur Verfügung, die anscheinend zu ihrem Tross gehören. Sie haben Sondergerichte, welche sich mit den Leuten befassen, welche verdächtigt sind, der Polizei Informationen zugehalten zu haben. Die Hinrichtungen finden anschliessend an die Gerichtsverhandlungen statt. Sie leben und kämpfen in kleinen mobilen Gruppen, greifen nur an, wenn sie stärker sind und ziehen sich bei Gefahr sofort zurück.

Besteuerung

Ihre eigentliche Kampftätigkeit üben die Guerillas vornehmlich in den abgelegeneren Bezirken aus, doch auf Landstrassen und in den Städten widmen sie sich überdies einer friedlicheren Aktivität, nämlich dem Einzug von Steuern. Die Prämien reichen von monatlich 40 Bath (ungefähr acht Franken) bis zu jährlich 100 000 Bath für die reichsten Steuerpflichtigen. Natürlich ist diese Steuerpflicht nicht offiziell anerkannt, aber da die Verweigerung der Abgaben lebensgefährlich ist, werden sie entrichtet. Ein Teil der Einkünfte wird für die Anschaffung von Waffen und Munition verwendet, wofür sich in den Städten offenbar ein interessanter Markt findet. Die neuesten und besten Modelle automatischer amerikanischer Waffen sollen gegenwärtig zu Preisen erhältlich sein, die wesentlich unter den Herstellungskosten liegen. Diese negative Marge gibt in offiziellen Kreisen zu einigem Rätseln Anlass. Vielleicht wird dieses Angebot auch durch die «Marktlage» in Malaysia beeinflusst, wo möglicherweise reguläre Empfänger solcher Waffen diese zu Schleuderpreisen loswerden.

Dass die Aufständischen in Südthailand regen Kontakt mit den indonesisch gestützten Rebellen in Malaysia aufrechterhalten, un-

Wo steht der Boykott?

Es sind keineswegs nur westliche Länder, die mit Südafrika Handel treiben. Seinerzeit hatten wir nachgewiesen (siehe KB, Nrn. 13 und 14, 1964), dass die Wirtschaftskontakte kommunistischer Staaten mit dem Verwoerd-Regime eine steigende Tendenz hatten. Als Belege dienten sowohl die südafrikanische Handelsstatistik als auch die damaligen gegenseitigen Beschuldigungen im sino-sowjetischen Konflikt. Nun hat die afrikanische Zeitschrift «Jeune Afrique» (Tunis) in zwei Nummern den gesamten südafrikanischen Aussenhandel untersucht und kommt zum Schluss, dass sich praktisch niemand an die deklarierten Boykottbeschlüsse oder Boykottempfehlung hält. Das gilt vom Westen wie vom Osten und sogar von — Afrika selbst.

Der afrikanische Handel mit Pretoria könnte zunächst ebenso überraschend scheinen wie derjenige der «sozialistischen» Staaten, die mit ausserordentlicher Vehemenz die Wirtschaftskontakte westlicher Länder mit dem Apartheid-Regime so heftig anprangern.

Die Mitgliedstaaten der Organisation für Afrikanische Einheit (OAE) haben zwischen 1962 und 1964 ihre Importe aus Südafrika von 119,6 auf 120,4 Millionen Rands gesteigert, während ihre Exporte nach Südafrika in der gleichen Zeit von 70,5 auf 89,3 Millionen Rands zunahmen. Die Ergebnisse für 1965 liegen noch nicht vollständig vor, lassen aber erkennen, dass der Warenaustausch weiterhin zugenommen hat.

Mit Ausnahme Kenias sollen sämtliche OAE-Staaten an diesem Handel beteiligt sein. Das schliesst die sogenannten «revolutionären» Länder wie Kongo-Brazzaville oder Ghana (wohlverstanden noch das Ghana von Nkrumah) mit ein.

In «Jeune Afrique» hat Mohamed Bahri zu diesen Feststellungen u. a. folgendes zu sagen:

«Die unabhängigen Afrikaner haben 1963 anlässlich der OAE-Gründungsversammlung in Addis Abeba einstimmig den Boykott Südafrikas beschlossen. Anscheinend haben sie vor ihrem Beschluss nicht alle Aspekte der Frage geprüft, den es ergibt sich, dass die Mehrzahl der Staaten, die Handelsbeziehungen mit Südafrika hatten, sie auch weiterhin aufrechterhalten. Der Kongo-Brazzaville verkauft noch immer sein Sperrholz dorthin. Ghana führt seinen Austausch mit Pretoria via das eingeschobene London durch.

Trotz dieser Lage kritisieren die Afrikaner diejenigen, die schliesslich nichts weiter als das gleiche wie sie selbst tun, namentlich die westlichen Länder. Sie schliessen die Augen schon eher, wenn es sich um Länder des sozialistischen Lagers handelt. Dabei sind auch hier die Tatsachen klar. Polen exportiert seinen Wodka nach Südafrika. Die UdSSR kauft dort Diamanten. Ostdeutschland findet dort einen Markt für seine Photoapparate, die Tschechoslowakei für ihre Musikinstrumente. In Pretoria raucht man Zigarren aus Havanna, und China kauft via Hongkong südafrikanischen Mais, um seiner Lebensmittelknappheit zu begegnen.

Die besondere Vehemenz, mit welcher die Afrikaner die Zusammenarbeit des Westens mit Südafrika verurteilen, erklärt sich vielleicht aus der Tatsache, dass der Grossteil des Warenaustausches mit westlichen Ländern stattfindet. Gut 75 Prozent des Aussenhandels von Pretoria wickeln sich mit den Vereinigten Staaten, Grossbritannien (allein 30 Prozent), Frankreich, der deutschen Bundesrepublik, Italien, den Niederlanden und Belgien ab. Es sind auch westliche Länder wie Frankreich und Italien, die Waffen nach Südafrika liefern und diesem Land Rüstungsunternehmen aufbauen ...

Es zahlt sich nicht aus, aufgebracht zu sein und zornige Beschlüsse zu fassen. Leider lassen sich die Afrikaner zu sehr von ihren Gefühlen leiten. Man brandmarkt Johnson, während man absolut nichts gegen de Gaulle einzuwenden hat ...»

Diese afrikanische Selbstkritik einer Zeitschrift, die kaum als übertrieben prowestlich betrachtet werden kann (kommunistenfreundliche Ansichten kommen in «Jeune Afrique» durchaus zur Geltung), scheint uns bemerkenswert. Ein solches Thema in Afrika zu behandeln, dazu braucht es Mut. Beträchtlich mehr Mut übrigens, als in unseren Ländern vonnöten ist, um eines jener angeblichen «Tabus» anzufassen, die es in Wirklichkeit seit Grossmamas Zeiten nicht mehr sind.

Man könnte bei uns aus dieser offenen Darstellung auch falsche Schlüsse ziehen. So geht es nicht an, hämisch darüber zu frohlocken, dass die OAE-Staaten selber mit Südafrika Handel treiben und uns daher nichts vorzuwerfen brauchten. Entgegen dem Anschein sind die afrikanischen Staaten in dieser Beziehung noch am ehesten zu entschuldigen. Der Reiche kann mit seinem Franken kaufen, was er will, der Arme muss mit seinem Batzen kaufen, was er kann. Wir haben keinen Anlass, über das «Schuldgeständnis» zu triumphieren. Dagegen dürfen wir uns darüber freuen, dass man sich in diesem Falle wenigstens in Afrika bemüht hat, ein bestehendes Vorurteil mit Tatsachen zu konfrontieren, auch wenn diese dem Selbstgefühl nicht schmeicheln.

Im gleichen Sinne würden wir uns auch über eine entsprechende Kenntnisnahme von Tatsachen in kommunistischen Ländern freuen. ■

---

terliegt keinem Zweifel. Beiderseits der Grenze bemühen sich die Regierungen, die Dschungelverbindungen unter Kontrolle zu halten, bisher aber ohne ersichtlichen Erfolg. Von dem kürzlich in Songkhla errichteten gemeinsamen Hauptquartier für kombinierte Aktionen verspricht man sich gegenwärtig eine grössere Wirksamkeit der Grenztruppen, doch dürften die Fortschritte in dieser Beziehung weniger rasch sein, als die anlaufende militärische Koordination der Aufständischen in Thailand mit den verschiedenen «nationalen Befreiungsbewegungen» Indochinas.

Es ist tragisch für Thailand, dass es von seinen Grenzen her in dem Augenblick zu einem Bürgerkriegsschauplatz wird, in dem sein regionales Entwicklungsprogramm recht vielversprechend angelaufen ist. Während Modernisierung und Hebung des Lebensstandards zuvor den Städtern vorbehalten war, sind in letzter Zeit auch Fortschritte auf dem Lande zu verzeichnen. Strassen und Schulen wurden gebaut, und der Gesundheitsdienst beginnt zu funktionieren. Das Programm hat namentlich in der Ausführungspraxis noch viele Fehler, doch hat es bereits zu zeigen vermocht, dass das Land seine Bevölkerung vorwärts bringen kann, wenn man es in Frieden lässt. Leider wird Thailand nicht länger in Frieden gelassen werden.

Was wird aus diesen südafrikanischen Buben, die über den unverkauften Zeitungen des Tages eingeschlafen sind? Bergleute, Bedienstete oder Revolutionäre?